



**STOPPT
DEN KRIEG,
BEVOR
ER BEGINNT!**

Das Bonner Friedensbündnis informiert:

Samstag, 15. Februar 2003, Berlin:

**Bundesweite Demonstration am
Europäischen Aktionstag gegen den Krieg**

Samstag, 8. Februar 2003, München:

**Internationale Demonstration
gegen die Nato-Sicherheitskonferenz**

Infos (auch zu Aktionen in Bonn)

siehe Rückseite

Seit Monaten ist ein drohender Krieg gegen den Irak in den Medien präsent. Die tägliche Berichterstattung wird dabei selten hinterfragt, obwohl die Erfahrungen aus den Kriegen 1991 gegen den Irak, 1993 gegen Somalia, 1999 gegen Jugoslawien und 2001 gegen Afghanistan genau dies notwendig machen: Frei erfundene Berichte wurden zu gewichtigen Argumenten für einen militärischen Angriff. Andere Berichte verdrehten die Wahrheit so, bis die gewünschte Tendenz stimmte. Die Berichterstattung aus den Krisen- und Kriegsgebieten unterliegt immer einer strengen Zensur.

In der aktuellen Berichterstattung zum Thema Irak wiederholen sich bestimmte Behauptungen, die bis heute nicht belegt wurden. „Aus gut informierter Quelle“ heißt es oft genug, um den Anschein der Seriosität zu wahren.

Behauptung Nr. 1

Der Irak stellt eine Gefährdung des Weltfriedens dar

Nachdem sich die Behauptung einer Verbindung zwischen Saddam Hussein und Al-Qaida-Terroristen nicht mehr aufrechterhalten ließ, besteht die Gefahr nun angeblich im Besitz von atomaren, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen. Beweise dafür liegen nicht vor.

Das irakische Waffenarsenal aus der Zeit vor dem Golfkrieg 1991 stammte in erster Linie aus Waffenlieferungen der USA und auch Deutschlands. Im Golfkrieg 1991 wurden 80 Prozent davon zerstört. Durch die dann folgenden UN-Waffeninspektionen bis 1998 wurden 95 Prozent der verbliebenen irakischen Waffenkapazitäten vernichtet. Der ehemalige Chef der UN-Waffenkommission Rolf Ekeus und der ehemalige leitende Waffeninspekteur Scott Ritter bestätigen dies.

Die Aussage, der Irak hätte 1998 die Waffeninspektoren des Landes verwiesen, ist falsch. Der leitende UN-Waffeninspekteur Butler ordnete diesen Abzug an – einen Tag bevor Großbritannien und die USA mit Bombardierungen begannen.

Alle Importe des Iraks werden überwacht. Alle Produkte, die aus UN- oder US-Sicht zur Waffenproduktion geeignet sind, dürfen nicht eingeführt werden.

Behauptung Nr. 2

Der Sicherheitsrat der UNO kann den Krieg gegen den Irak legitimieren

Ein zentrales Ziel der UNO ist die Erhaltung des Weltfriedens. Der UN-Sicherheitsrat ist gebunden an die Grundprinzipien der UNO, die in der UN-Charta niedergelegt sind. In ihrem Artikel 2,3 verpflichten sich die Mitgliedstaaten, ihre internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen. Der Sicherheitsrat kann nach Kapitel VI Empfehlungen zur friedlichen Streitbeilegung geben. Ein Staat kann militärische Mittel nur anwenden, wenn er von einem anderen Staat angegriffen wird und das auch nur solange, bis die UNO Maßnahmen beschlossen hat, um diesen Konflikt zu regeln (Art. 51).

Artikel 2,4 der UN-Charta enthält ein allgemeines Verbot der Anwendung oder Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen.

Der Sicherheitsrat ist zur Durchsetzung dieses Gewaltverbotes nach Artikel 42 auch autorisiert, militärische Maßnahmen zu beschließen. Diese militärischen Maßnahmen unter dem Oberkommando der UNO sind aber ausschließlich dazu vorgesehen, friedliche Bedingungen wiederherzustellen, so dass eine friedliche Regelung von Streitfällen möglich wird.

Der Sicherheitsrat kann aber keinen Angriffskrieg gegen einen Staat legitimieren und schon gar nicht einen Krieg, dessen Ziel darin besteht, das Staatsoberhaupt abzusetzen.

Behauptung Nr. 3

Die deutsche Regierung ist gegen den Krieg und wird sich nicht beteiligen

Die von der Regierung im Wahlkampf gemachten Aussagen gegen einen Irakkrieg werden derzeit nach und nach relativiert. Dabei geht es (noch) nicht darum, deutsche Soldaten direkt am Krieg, an den Bombardierungen oder an einem militärischen Einmarsch zu beteiligen. Dies ist von der US-Regierung ohnehin nicht gewünscht und braucht daher auch nicht abgelehnt zu werden.

Es geht um logistische und politische Unterstützung, um die Bereitstellung von Militärbasen und um die Finanzierung des Wiederaufbaus unter US-Führung. Vor kurzem fragte die US-Regierung bei 50 Ländern an, in welchem Umfang sie sich an einem Krieg gegen Irak beteiligen könnten. Kanzler Schröder sicherte den USA auf dem NATO-Gipfel in Prag Überflugrechte zu: „Wir haben nicht vor, die Bewegungsmöglichkeiten unserer Freunde einzuschränken.“

Über die US-Basen in Deutschland läuft seit Monaten der Transport der US-amerikanischen Militärgüter an den Golf. In einem Camp in der Eifel trainieren US-Soldaten den Straßenkrieg in Bagdad. Die deutsche Regierung könnte all dies untersagen.

Bundesdeutsche Soldaten sichern die Transportwege am Horn von Afrika. Die deutschen ABC-Spürpanzer in Kuwait bleiben auf Wunsch von Außenminister Fischer in jedem Fall stationiert, obwohl es vor der Wahl hieß, sie würden im Kriegsfall abgezogen werden. Und nun sollen sogar Awacs-Flugzeuge bei Einsätzen im Kriegsfall am Golf mit deutschen Soldaten besetzt sein. Damit ist Deutschland an dem geplanten Krieg gegen den Irak beteiligt.

Das Grundgesetz (Art. 26) verbietet den Angriffskrieg. Dementsprechend sind die Vorbereitung und die Beteiligung an einem Angriffskrieg unter Strafe gestellt (§ 80 StGB).

Behauptung Nr. 4

Die US-amerikanische Regierung kämpft gegen den Terrorismus

Der US-amerikanische Kampf gegen den Terror betrifft genau die Regionen der Welt, in denen die USA zentrale ökonomische und strategische Interessen verfolgt. Aktuell sind das: Golfregion, Zentralasien und Lateinamerika.

Der National Energy Policy Report vom 16. Mai 2001 (der

Cheney-Report) beschreibt die US-Interessen für die Golfregion: Der Bedarf an importiertem Rohöl wird in den USA bis 2020 um 60 Prozent wachsen. Die Importe aus der Golfregion sind zu erhöhen. Die Weltölproduktion ist wegen der Instabilität der Märkte zu diversifizieren.

Im Quadrennial Defense Review vom September 2001 konstatiert das US-Verteidigungsministerium dann vielfältige militärische Bedrohungsszenarien, die den Zugang zu den Energievorräten in der Golfregion gefährden. „Die USA müssen die Fähigkeit bewahren, gut ausgerüstete und logistisch unterstützte Truppen weltweit in kritische Gegenden zu entsenden – im Zweifelsfall auch gegen feindlichen Widerstand.“

Die Sicherung der kontinuierlichen Ölversorgung der USA ist damit ein zentrales Ziel der US-amerikanischen Kriegspolitik. Die riesigen Rohölvorkommen des Irak sollen US-Ölfirmen zugänglich gemacht werden und nicht exklusiv den russischen, chinesischen und europäischen Konzernen überlassen werden.

Nicht zuletzt geht es um die weltweite Vorherrschaft: „Unsere Kräfte sind stark genug, potenzielle Gegner davon abzuhalten, ein militärisches Aufbauprogramm in der Absicht zu verfolgen, die Macht der Vereinigten Staaten zu überflügeln oder einzuholen“, stellt das aktuelle Dokument zur Nationalen US-Sicherheitsstrategie fest.

Behauptung Nr. 5

Die US-amerikanische Regierung will das irakische Volk von seinem Diktator befreien

Die USA unterstützen seit Jahrzehnten Diktatoren in aller Welt, sei es in Lateinamerika oder auch im arabischen Raum: Saudi-Arabien, Jordanien, Kuwait, Oman, Vereinigte Emirate, Pakistan, Philippinen. Auch Saddam Hussein, sein Krieg gegen den Iran und die gewaltsame Unterdrückung der irakischen Kurden wurden bis 1990 unterstützt.

Bis vor kurzem galt den USA der ehemalige irakische General Nizar Khazraji als ein Kandidat für die Nachfolge Saddam Husseins. Er führte als Generalstabchef von Saddam Hussein den Giftgasangriff gegen die sich auflehrenden Kurden im Irak. Dabei wurden vor 14 Jahren Tausende von Zivilisten getötet. Nizar Khazraji wurde vor einigen Wochen wegen des Verdachts auf Kriegsverbrechen in Dänemark verhaftet.

Behauptung Nr. 6

Die UNO-Resolution 1441 gibt Saddam Hussein eine letzte Chance

Die am 8. November 2002 vom Sicherheitsrat verabschiedete Resolution 1441 enthält sehr wenig Chancen für eine friedliche Lösung, aber dafür umso mehr Risiken, die den Krieg provozieren.

In sehr unbestimmter Terminologie werden darin „ernste Maßnahmen“ angedroht für den Fall, dass der Irak seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Abgesehen davon, dass die UN-Charta keinen Krieg vorsieht, wenn ein Land seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, sind die Auflagen, die der

Irak erfüllen muss, in dieser Resolution sehr verschärft worden. Die Resolution hebt jegliche Grenzen auf und verletzt damit die Souveränität des Iraks. Den UN-Kontrollorganen werden weit gehende Rechte innerhalb des Landes gegeben, sie können jederzeit Befragungen durchführen und die Befragten dazu sogar außerhalb des Landes bringen. Als Anreiz für irakischen Wissenschaftler hat die US-Regierung bereits pauschal die Aufnahme in das Zeugenschutzprogramm versprochen, also neue Namen, neue Jobs, Geld und Häuser in den USA. Der UN-Waffeninspekteur Hans Blix, der es anfangs abgelehnt hat, die UNO als „Schleuseragentur für Dissidenten“ zu missbrauchen, stimmte schlussendlich doch zu.

Diese Resolution dient dazu, den USA einen Vorwand für den geplanten Angriffskrieg zu geben.

Behauptung Nr. 7

Der Krieg gegen den Irak wird kurz und schmerzlos sein

Krieg tötet. Nie wurde bisher die Zivilbevölkerung geschont. In Afghanistan, im ehemaligen Jugoslawien und bereits 1991 im Irak wurden Tausende von Zivilisten getötet. Lebensnotwendige Infrastruktureinrichtungen wie Krankenhäuser, Wasserwerke und Brücken wurden zerstört.

Das Kriegsszenario der USA gegen den Irak sieht Flächenbombardements vor, um jeglichen Widerstand zu brechen. Danach sollen 250.000 amerikanische Soldaten den Irak besetzen. Gemäß einer Studie der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) ist mit mindestens 48.700 bis 261.000 Tote zu rechnen.

Die USA sind zudem entschlossen, wieder Waffen einzusetzen, die abgereichertes Uran enthalten, sodass es auch Zerstörungen der Umwelt und Schäden an zukünftigen Generationen auf lange Sicht im Irak geben würde.

Behauptung Nr. 8

Der Krieg gegen den Irak muss verhindert werden, doch das Embargo muss konsequent fortgeführt werden

Gemäß UNICEF sterben im Irak über 5000 Kinder monatlich auf Grund der Auswirkungen des Embargos. Die Kindersterblichkeit ist auf Grund des Embargos heute eine der weltweit höchsten. Unzählige Menschen sterben an heilbaren Krankheiten, die wegen fehlender Medikamente nicht behandelt werden können. Der ehemalige Leiter der humanitären UN-Mission Dennis Halliday bezeichnet das Embargo als unvereinbar mit der UN-Charta und der Menschenrechtskonvention.

STOPPT DEN KRIEG, BEVOR ER BEGINNT!

Der drohende Krieg gegen den Irak ist der bislang letzte in einer langen Reihe von Kriegen: 1991 gegen den Irak, 1993 gegen Somalia, 1999 gegen Jugoslawien und 2001 gegen Afghanistan. Mit der von US-Präsident Bush erfundenen Achse des Bösen sind die nächsten Kriege vorprogrammiert. Sie erstreckt sich gemäß US-Verteidigungsminister Rumsfeld auf über 60 Staaten.

Deutschland ist eine der wichtigsten Drehscheiben für den Kriegsaufmarsch gegen den Irak. Hier kann Widerstand geleistet werden – bereits heute und nicht erst wenn der Krieg beginnt! Viele Menschen in Deutschland sind gegen diesen Krieg, Umfragen sprechen sogar von einer klaren Mehrheit.

Wir rufen dazu auf, sich an den Aktionen der Friedensbewegung gegen den Krieg zu beteiligen!

Sperrung des deutschen Luftraums für den Kriegsaufmarsch gegen den Irak!

Sofortiger Abzug der Bundeswehr aus Kuwait, der Golfregion und vom Horn von Afrika!

Aufhebung des Irak-Embargos!

Bundesweite Demonstration gegen den Irakkrieg am 15. Februar 2003 in Berlin

Europäischer Aktionstag gegen den Irakkrieg (Demos auch in Brüssel, Amsterdam und in anderen Hauptstädten)

12 Uhr: Alexanderplatz und Breitscheidplatz, Berlin, 14 bis 16 Uhr: Nähe Brandenburger Tor

Infos zu Bussen ab Bonn (ggfs. Sonderzug): Telefon (0228) 9678977, Email dagmar.kirsche@gmx.net

Infos zur Demo: www.15februar.de & www.achse-des-friedens.de & www.internationalismus.net

Demonstration gegen die Nato-Sicherheitskonferenz am 8. Februar 2003 in München

12 Uhr: Marienplatz, München – Infos zu Bussen ab Köln: Email clkalk@imail.de, Preis 20 Euro

Infos zur Demo: www.no-nato.de & www.muenchner-friedensbuendnis.de

Veranstaltung, Bonn: „Wir haben eine Familie im Irak“, über die Irakdelegation des Versöhnungsbundes

Freitag, 31. Januar 2003, 19 Uhr, Katholische Hochschulgemeinde, U-Juridicum, Adenauerallee 63

Regelmäßige Mahnwache gegen den Krieg, Bonn

jeden Freitag, 18 Uhr & jeden Samstag, 13 Uhr, Münsterplatz (ersatzweise Dreieck) – auch am 15. Februar 2003

Schweigen für Frieden und Gerechtigkeit, Bonn

Donnerstag (14-tägig), 17 Uhr 30, Münsterplatz (6.2., 20.2., 6.3., 20.3., 3.4. usw.)

Friedensgebete, Bonn

jeden Donnerstag, 19 Uhr, Kreuzkirche (Kaiserplatz) & jeden Mittwoch, 18 Uhr, Rigal'sche Kapelle (Bad Godesberg)

Tag X, Bonn – bei einem Angriff auf den Irak

Kundgebung, 18 Uhr, Münsterplatz & am Samstag nach Tag X: Demonstration, 13 Uhr, Münsterplatz

Spendenkonto: D. Kirsche, Stichwort: Frieden, Kto.-Nr. 3270165, Sparda-Bank, BLZ 37060590

Kontakt: Email kontakt@frieden-bonn.de, Webseite www.frieden-bonn.de, Telefon 0228/692255, Fax 0228/692906

Unterstützerinnen und Unterstützer: Bonner Arbeitskreis für internationale Solidarität, Pax Christi Bonn, Bonner Attac-AG gegen den Krieg, Deutscher Freidenkerverband Gruppe Bonn, Antifa Bonn/Rhein-Sieg, Antikriegsgruppe Bonn, Demosanigruppe Bonn/Rhein-Sieg, Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V., PDS Bonn, DKP Kreis Bonn/Rhein-Sieg, Palästinensische Gemeinde Bonn e.V., Kurdistan-Centrum Bonn e.V., Bürgeraktion Umweltschutz Bonn (BUB), KOVI-BRD, Weltladen Bonn, Antirassistischer Arbeitskreis ver.di nrw-süd, Arbeitskreis Israel/Palästina, Service Civil International LG Köln/Bonn